

DR. NINA SCHEER

SPD

BUNDESTAGSABGEORDNETE
HERZOGTUM LAUENBURG | STORMARN-SÜD



NEWSLETTER

3/2020



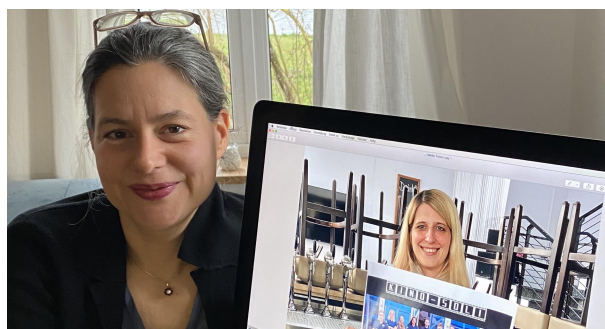
Aufgrund der Corona-Pandemie habe ich erstmalig zu einer Telefonsprechstunde eingeladen.



An der 2. Islamkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion nahm auch Mehmet Dalkilinc aus Bargteheide teil.



Rede zum Geologiedatengesetz – als Berichterstatterin der SPD-Fraktion für Atompolitik



Zusätzliche Unterstützung für Kultur: Soli-Tickets

Liebe Leserinnen und Leser,

der aktuelle Newsletter 3/2020 umfasst den Zeitraum vom 4. März bis zum 1. April 2020 – geprägt waren die vergangenen Tage und Wochen insbesondere durch die Corona-Pandemie. In diesem Zusammenhang habe ich auf meiner Homepage eine Infoseite mit aktuellen Informationen, Links, Hotlines eingerichtet, die laufend aktualisiert wird, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/coronavirus>

In der ersten Sitzungswoche im März, deren Ablauf noch weitestgehend bestehen blieb, wurden unter anderem Beschlüsse zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr gefasst. In der Sitzungswoche Ende März, standen insbesondere die Rettungsmaßnahmen zur Corona-Krise im Mittelpunkt. Auch wurde der Bundeswehreinsatz im Irak verlängert, bei dem ich meine erneute Ablehnung in einer persönlichen Erklärung darlegte (vgl. S. 4).

Anregendes Lesen wünscht
Ihnen und euch



Aktuelles und Positionen

Abmilderung der Folgen der Corona-Pandemie

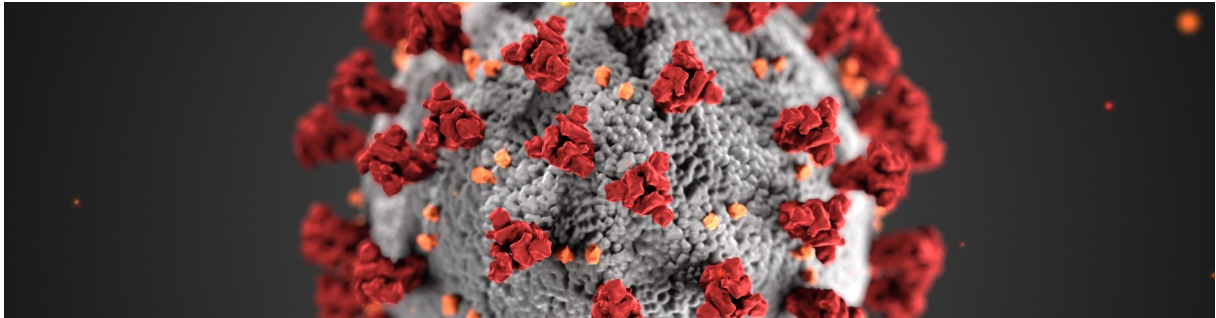
Der Deutsche Bundestag hat am 25. März ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Abmilderung der Folgen der Corona-Pandemie verabschiedet.

Die Corona-Pandemie erfordert von unserer Gesellschaft Einschnitte zur drastischen Verminderung von Neuinfektionen, zur Rettung von Menschenleben und auch zur Verhinderung von Folgeschäden vieler weiterer Erkrankter. Andernfalls könnte unser Gesundheitssystem der dann wesentlich größeren Anzahl Behandlungsbedürftiger nicht versorgen – trotz einer im Vergleich zu anderen Ländern überdurchschnittlichen Ausstattung. Jede Überforderung gefährdete weitere Menschenleben.

Die mit den Einschnitten verbundenen Folgen gilt es gesellschaftlich und somit auch staatlich so aufzufangen, dass Verluste an Arbeit, Wirtschaftsleistung, aber auch im Bildungs- und Betreuungssystem so gut es geht vermieden werden. In diesem Sinne hat der Deutsche Bundestag umfangreiche Rettungsmaßnahmen beschlossen, darunter auch Soforthilfen in Form von Zuschüssen für Kleinunternehmen sowie Maßgaben für einfach zu erlangende Kredite oder etwa auch unbürokratisch zu erlangende Grundsicherung. Auch Hilfen für Eltern und Familien, der

Schutz von Mieterinnen und Mietern vor dem Verlust von Wohnraum sowie von Darlehnsnehmerinnen und Darlehnsnehmern und Maßnahmen zur Sicherung sozialer Einrichtungen und Dienstleister sind enthalten. Mit dem Maßnahmenpaket wird der Sozialstaat nach der Maßgabe einer auf Solidarität aufbauenden Gesellschaft gestärkt.

Bei den beschlossenen Hilfen kommt es nun darauf an, dass diese schnell und unbürokratisch bei denjenigen ankommen, die sie benötigen. Damit dies funktioniert,



muss auch hier gut kooperiert werden. Daher rief und rufe ich auch weiter dazu auf, Anregungen und Beobachtungen an die angegebenen Kontaktdaten zu übermitteln. Ich nehme sie dankbar auf.

Die zahlreichen Gespräche, die ich in den vergangenen Tagen geführt habe, waren geprägt von Zukunftsängsten, aber auch von viel gesellschaftlichem Zusammenhalt. Auf eben diesen kommt es zur Bewältigung der anstehenden Wochen und Monate an.

Verstärkt muss nun aber auch daran gearbeitet werden, die Abhängigkeit von Importen in sensiblen Bereichen wie etwa von Atemschutzmasken oder auch von Medikamenten einzugrenzen. Solche die Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems gewährleistenden Produkte müssen in einem im Notfall benötigten Maß verfügbar sein. Insofern sind im Bereich der Daseinsvorsorge staatliche Aufgabenwahrnehmungen sowie eine Gewähr für heimische Produktionsstandorte unverzichtbar.

Es ist bedauerlich, dass mit dem Koalitionspartner nicht vereinbar war, im Zuge des Maßnahmenpakets auch die gesetzliche Abschaffung des sogenannten Solardeckels zu beschließen. Der Fortbestand des Solardeckels bedroht tausende Arbeitsplätze im Bereich der Erneuerbaren Energien und bei Installationsbetrieben. Gerade vor dem Hintergrund der massiven Corona-Pandemie bedingten Einbußen hätte diese Gesetzesänderung nun vorgenommen werden müssen.

Unterstützung für Kultur

Ergänzend zu den dringend notwendigen Hilfspaketen könnten alle Menschen einen weiteren Beitrag zur Unterstützung des Kulturbetriebes leisten, indem Veranstalter Tickets für nicht stattfindende Kulturveranstaltungen, wie Theater-, Konzerte- oder auch Kinobesuche anbieten.

Wenn alle mithelfen, indem sie für ausfallende Kulturveranstaltungen ihr Ticket-

Entgelt leisten, auch wenn sie hierfür kein Konzert- oder Theaterabend erfahren, könnten über solche „Soli-Tickets“ große Einnahmeausfälle abgewendet werden.



Erfreulicherweise wurde diese Idee verschiedentlich aufgegriffen, etwa von zwei Studenten aus Potsdam, die die Homepage Soli-Ticket.de programmiert haben, vgl. etwa: <https://www.soli-ticket.de>

oder von

dem ‚Kleinen Theater Schillerstraße‘ in Geesthacht, vgl.: <https://kleines-theater-schillerstrasse.de>

Pressemitteilung des ‚Kleinen Theater Schillerstraße‘, 20. März 2020, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/theater-und-kinobetrieb-fordern-zur-solidaritaet-auf-geesthachter-kulturbetrieb-trotzt-corona-mit-soli-tickets>

Corona-Pandemie als Warnung für Verknappung auf Weltmärkten begreifen – Windenergie und Artenschutz nicht gegeneinander ausspielen

In Schleswig-Holstein ist aktuell verstärkt die Annahme zu vernehmen, der Windenergieausbau trage dem Artenschutz nicht genügend Rechnung.

Dem habe ich (erneut) öffentlich widersprochen: Windenergie und Artenschutz dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Erneuerbare Energien sind das Fundament für eine zukunftsfähige Energieversorgung, um die globale Erwärmung zu begrenzen und die Abhängigkeit von fossilen Energieressourcen zu beenden. Deswegen bedarf es eines schnellen und deutlich stärkeren Ausbaus Erneuerbarer Energien zur Nutzung von Wind und Sonne.

In Schleswig-Holstein gelten bereits heute entsprechende Abschaltzeiten für Windräder, um insbesondere Vögel und Fledermäuse zu schützen. Darüber hinaus werden verschiedene technische Möglichkeiten erprobt, die die Anlagen bedarfsgerecht drosseln. In Frankreich kommen sie teilweise schon zur Anwen-

dung. So lassen sich Windräder mit Sensoren- oder Kamerasystemen ausrüsten, welche herannahende Vögel erkennen und die Geschwindigkeit des Windrades so weit senken, dass es zu keinen Kollisionen kommt.



Erneuerbare Energien bieten insbesondere im windreichen Schleswig-Holstein zahlreiche Arbeitsplätze in Zukunftstechnologien. Derzeit beschäftigt die Branche etwa 19.000 Menschen, zwei Drittel davon in der Windenergie. Allein aufgrund verfehlter gesetzlicher Rahmenbedingungen und den hierdurch stockenden Ausbau von Wind- und auch Solarenergieanlagen sind diese akut in Gefahr. Dem muss auch die Ausbauplanung der Landesregierung Rechnung tragen.

Die Corona-Pandemie zeigt anhand von massiven Preissteigerungen etwa bei Atemschutzmasken, was bei Verknappungen auf Weltmärkten passieren kann. Von wenigen Cent ist der Preis der Masken in kürzester Zeit allein durch die Reaktion der Märkte auf 10 Euro und mehr gestiegen. Anders als Atemschutzmasken können aber Öl- und Gasförderungen nicht überall hergestellt werden. Die Corona-Pandemie sollte uns deswegen eine Warnung sein: Bevor es zur Verknappung von Energieressourcen kommt, muss der vollständige Umstieg auf Erneuerbare Energien erreicht sein. Andernfalls wird dies zwangsläufig zur Überlastung von Sozialstaaten und zu ungeahnten Verteilungskämpfen führen. Deswegen müssen auch in Deutschland insbesondere Wind- und Solarenergie, aber auch die weiteren regenerativen Energieträger beschleunigt ausgebaut werden.

Deswegen gilt es dringend, bestehende Hemmnisse zu beseitigen und keine weiteren zu schaffen. Die von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier verfolgte 1000-Meter-Abstandsregelung geht in die falsche Richtung, wird den Energiebedarfen Deutschlands nicht gerecht und gefährdet Arbeit mit Zukunft. Auch die verpflichtenden Ausschreibungen haben die angekündigten Preisreduktionen nicht erbracht, sondern den Ausbau nur weiter beschränkt. Das muss gründlich evaluiert werden. Zudem muss endlich der Solardeckel abgeschafft werden.

Im Übrigen sollte wieder verstärkt auf das bewährte Einspeisevergütungssystem zurückgegriffen werden – kombiniert mit Anreizen für mehr Flexibilität. So kann auch die Mobilität vom Ausbau Erneuerbarer Energien profitieren.

Der sogenannte Solardeckel stoppt die Förderung von Photovoltaikanlagen nach dem Einspeisevergütungssystem beim Erreichen von 52 Gigawatt installierter Leistung. Nach Schätzungen ist dies in den nächsten Monaten erreicht.

Am 1. April 2000 trat das unter Rot-Grün durch das Parlament initiierte Erneuerbare-Energien-Gesetz, EEG in Kraft. Während mit dem Gesetz zu jener Zeit eine Ver-

dopplung des damaligen Anteils Erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch zum Jahr 2010 auf dann 12 Prozent angestrebt worden war, hatte man auf dieser Zwischenetappe bereits 17 Prozent erreicht und damit alle Erwartungen übertroffen. Heute beträgt er bereits ca. 45 Prozent.



Das von Rot-Grün initiierte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist angesichts des heutigen Anteils Erneuerbarer Energien von 45 Prozent am Strombedarf ein Erfolg, von dem es heute zu lernen gilt. Der Ausbau Erneuerbarer Energien auf Grundlage des EEG war in seinen starken Jahren maßgeblich getragen von Bürgerinnen und Bürgern, Stadtwerken, Landwirten und weiteren dezentralen Akteuren. Als Einspeisevergütungssystem hat das EEG zudem weltweite Ausstrahlungswirkung.

Es ist Parlamentarierinnen und Parlamentariern der damaligen rot-grünen Koalition, insbesondere dem langjährigen SPD-Bundestagsabgeordneten und Träger des Alternativen Nobelpreises Hermann Scheer, zu verdanken, dass Deutschland mit dem EEG den Weg der 'Energiewende made in Germany' betrat. Das EEG steht für Hunderttausende heimischer Arbeitsplätze, einen Abbau der Abhängigkeit von ausländischen Energieimporten und damit auch sinkende Preisrisiken.

Das EEG wird gerade wegen seiner Erfolge – bis heute – lobbyistisch bekämpft. Je erfolgreicher es wurde, desto stärker wurden die Stimmen, die es als unbrauchbares, überholtes oder zu teures Instrument abschaffen wollten und wollen. So führten die unter Schwarz-Gelb zu Beginn des Jahrzehnts veranlassten Änderungen zum Zusammenbruch der deutschen Solarenergie und zum Verlust von über 100.000 Arbeitsplätzen; heute droht der Windenergie eine ähnliche Situation. Aufgrund der im Jahr 2016 eingeführten Ausschreibungen verhindern gesetzliche Mengenbegrenzungen einen beschleunigten Ausbau Erneuerbarer Energien. Das Ausschreibungsregime bewirkt das Gegenteil des klimapolitisch Erforderlichen! Zudem werden hierdurch kleinere Akteure benachteiligt, die einst den Großteil des Ausbaus Erneuerbarer Energien leisteten. Hinzu kommen langatmige Genehmigungsverfahren und Diskussionen um pauschale Mindestabstände. Über diese geschaffenen Hemmnisse wurde die Windenergie bis zum Jahr 2020 — 20 Jahre nach Inkrafttreten des EEGs – fast komplett zum Erliegen gebracht.

Durch die aktuelle Weigerung von CDU/CSU, den Solardeckel abzuschaffen, steht auch die Solarindustrie erneut vor dem Zusammenbruch. 35.000 Arbeitsplätze in Zukunftstechnologien sind deswegen akut in Gefahr. Je erfolgreicher Erneuerbare Energien in Menge und Kostensenkung wurden, desto stärker wurden die Erfolgsfaktoren – und damit das Einspeisevergütungssystem – politisch bekämpft.

Wer es mit Klimaschutz und Energiewende ernst meint, muss die Erfolgsfaktoren des EEGs wieder frei legen und die Ausbauhemmnisse beseitigen. Mit dem europarechtlich zulässigen Verzicht auf Ausschreibungen kann und muss der Zugang auch für lokale Akteure und Kommunen wieder verstärkt ermöglicht werden. Aufgrund des inzwischen gewachsenen Anteils Erneuerbarer Energien gilt es, Flexibilität und Speicherung anzureizen, um so Erneuerbare Energien verstärkt in die kontinuierliche und sektorübergreifende Versorgung zu bekommen.



Sowohl der dringende klimapolitische Handlungsbedarf als auch eine industriepolitische Verantwortung verlangen einen beschleunigten Umstieg auf Erneuerbare Energien. Die Importabhängigkeit von fossilen Ressourcen, für die allein in Deutschland jährlich mehr als 80 Milliarden Euro aufgewendet werden, muss schnellstmöglich beendet werden, auch um Arbeit mit Zukunft durch dezentrale Wertschöpfung in Gang zu setzen. Sollte die Importabhängigkeit bei zukünftiger Verknappung fortbestehen, werden Verwerfungen und massive soziale Ungleichgewichte beim Zugang zu bezahlbarer Energie volkswirtschaftlich kaum aufzufangen sein. Die Preissprünge bei Atemmasken im Zuge der Corona-Pandemie sollten eine dahingehende Warnung sein.

Anlässlich des 20. Jahrestages des Inkrafttretens des EEG hatte die SPD-Bundestagsfraktion zu einem Jubiläumsempfang für den 24. März eingeladen, der kurzfristig aufgrund der gesundheitlichen Risiken durch die Corona-Pandemie mit noch offenem Folgetermin verschoben wurde.

Themen

Verlängerung von Bundeswehreinsätzen im Ausland

Im März standen einige Verlängerungen von Bundeswehrmandaten auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestages. Der Bundestag verzichtete dabei teilweise auf die bei Mandatsverlängerungen übliche namentliche Abstimmung, um einer Corona-Ansteckungsgefahr an den Wahlurnen vorzubeugen. Wegen einer vorsorglich getroffenen Quarantänemaßnahme konnte ich selbst an den Abstimmungen am 13. März nicht teilnehmen. Bei den verlängerten Einsätzen handelte es sich um die Friedensmission in der Region Darfur („UNAMID“), die von den Vereinten Nationen geführten Friedensmission im Südsudan („UNMISS“) und die Nato-geführten Ausbildungs-, Beratungs- und Unterstützungsmission „Resolute Support“ der Bundeswehr in Afghanistan. Zudem stimmte der Bundestag am 13. März in namentlicher Abstimmung

mung für die weitere Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Nato-geführten Maritimen Sicherheitsoperation ‚Sea Guardian‘ im Mittelmeer um ein weiteres Jahr bis Ende März 2021. Am 25. März stimmte der Bundestag für die Verlängerung des Anti-IS-Bundeswehreinsatzes.



Die IS-Terrormiliz wurde vor mehr als zwei Jahren von den Gebieten vertrieben, die sie im Irak und in Syrien kontrolliert hatte. Dennoch gibt es bis heute Angriffe ihrer Kämpfer in der Region. Nach Einschätzung der internationalen Staatengemeinschaft stellen die Extremisten weiterhin eine ernstzunehmende Gefahr dar. Das Ergänzungsmandat, das am 25. März im Bundestag beschlossen wurde, sieht vor, den Einsatz militärischer Tankflugzeuge über diesen Termin hinaus zu verlängern. Zusätzlich wird Deutschland Lufttransportkapazitäten für die Anti-IS-Koalition, aber auch für internationale Organisationen, Alliierte und Partner schaffen. Zwar werden ab dem 31. März keine Aufklärungsflüge übernommen, die Luftbetankung für andere Partner der Anti-IS-Koalition setzt die Luftwaffe jedoch fort und mit einem Luft-raumradar will Deutschland zudem einen Beitrag dabei leisten, Flugzeuge und Raketen frühzeitig zu erkennen. Die Beteiligung an der Nato-Mission ist auf die Zustimmung der irakischen Regierung vom 14. April 2014 zurückzuführen. Am 5. Januar 2020 forderte jedoch das irakische Parlament die Regierung per nicht-bindender EntschlieÙung auf, die Präsenz ausländischer Truppen in Irak zu beenden. Die geschäftsführende irakische Regierung unter Premierminister Abdul Mahdi erneuerte jedoch sein Einverständnis zu der Nato-Mission am 12. Februar 2020 und machte deutlich, dass das internationale Engagement für den Kampf gegen IS, für die Ausbildung und Beratung der irakischen Streit – und Sicherheitskräfte und die Sicherstellung des staatlichen Gewaltmonopols von großer Bedeutung bleibe.

Der Ergänzung des Mandats der Bundeswehr im Irak und in Syrien habe ich vor dem genannten Hintergrund und der fortwährenden gegenseitigen Angriffe zwischen USA und irakischen Milizen nicht zugestimmt. Auch allen diesem Einsatz vorangegangenen Mandaten hatte ich nicht zugestimmt. Militärisch-friedenssichernde Maßnahmen sollten nach meiner festen Überzeugung (neben fortwährenden diplomatischen Beziehungen) über UN-Friedensmissionen erfolgen.

Meine Persönliche Erklärung zu meinem Abstimmungsverhalten nach § 31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages ist hier nachzulesen: <https://www.nina-scheer.de/app/uploads/2020/03/2020-03-25-Nina-Scheer-Erklärung-31-GO-BT-Drucksache-19-17790.pdf>

Geologiedatengesetz

Im Herbst dieses Jahres wird die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) – nach derzeitigem Zeitplan - gemäß Standortauswahlgesetz einen ersten Zwischenbericht Teilgebiete veröffentlichen, in dem für ein Endlager auszuschließende Regionen und für den weiteren Prozess in Betracht kommende Regionen ausgewiesen werden.



Um die Frage, ob der Untergrund grundsätzlich für ein Endlager geeignet ist oder nicht, in einem transparenten Verfahren zu beantworten und auch veröffentlichen zu können sowie aufgrund des hiermit in Teilen kollidierenden Eigentumsrechts im Umgang mit Daten ist hierfür eine gesetzliche Grundlage erforderlich, die durch das Geologiedatengesetz geschaffen werden soll. Der Gesetzentwurf regelt Übermittlungs- und Veröffentlichungsfristen für Messungen und Studien des Untergrundes und löst das Lagerstättengesetz aus dem Jahr 1934 ab.

Ursprünglich sollte das Gesetz Mitte März vom Bundestag verabschiedet werden. Aufgrund der Corona-Pandemie musste es allerdings verschoben werden und wird nun voraussichtlich in den nächsten Wochen beschlossen.

Die Anhörung vom 9. März ist nachzuschauen unter: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw11-pa-wirtschaft-energie-683124>

Nationales Begleitgremium (NBG)

Am 13. März wählten Bundestag und Bundesrat die Mitglieder des Nationalen Begleitgremiums (NBG) für eine neue Amtsperiode von drei Jahren. Das NBG begleitet die Suche nach einem Atommüll-Endlager „vermittelnd und unabhängig“ (§ 8 Standortauswahlgesetz), insbesondere mit Blick auf die Beteiligung der Öffentlichkeit. Es ist zusammengesetzt aus zwölf anerkannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die von Bundestag und Bundesrat gewählt werden, sowie sechs BürgervertreterInnen, die von der Bundesumweltministerin ernannt werden.

Als für Atompolitik zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion war ich an der überfraktionell konsensualen Verständigung über von Bundestag und Bundesrat neu zu berufenden Mitgliedern des NBG beteiligt. Zu diesen zählt der ehemalige SPD-Europaabgeordnete Jo Leinen.

Zu den Mitgliedern in Gänze, vgl.: https://www.nationales-begleitgremium.de/DE/WerWirSind/Die_Mitglieder/Die_Mitglieder_node.html;jsessionid=42547643CF0CA9B6AAFFDEC4982A1948.1_cid284

Prof. Dr. Klaus Töpfer und Prof. Dr. Kai Niebert hatten sich nicht erneut zur Wahl gestellt und schieden somit aus dem Begleitgremium ausscheiden.

Weitere Informationen finden sich unter: <https://www.nationales-begleitgremium.de>

Rechtsextremismus und Hasskriminalität bekämpfen

Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD wollen verstärkt gegen Hasskriminalität im Internet vorgehen. Wer im Netz hetzt und droht, soll künftig härter und effektiver verfolgt werden. Das sieht der Gesetzentwurf zur „Bekämpfung von Rechtsextremismus und der Hasskriminalität“ vor, der am 12. März in erster Lesung im Deutschen Bundestag debattiert wurde.



Mehr als drei Viertel aller von der Polizei registrierten Hasskommentare sind rechtsextremistisch – nicht selten werden aus diesen Worten auch Taten. Durchschnittlich ereignen sich täglich zwei rechtsextremen Gewalttaten in Deutschland.

Mit dem Gesetzentwurf soll das Strafrecht verschärft werden, so soll der Strafrahmen bei Mord- und Vergewaltigungsdrohungen im Netz von derzeit bis zu einem auf bis zu drei Jahre Freiheitsstrafe verdreifacht werden. Antisemitische Motive sollen ausdrücklich strafverschärfend wirken. Auch die Onlineplattformen, auf denen Hasskommentare veröffentlicht werden, werden stärker in die Pflicht genommen. Diese sollen künftig nicht mehr nur Inhalte löschen, sondern bestimmte strafbare Postings wie Volksverhetzungen, Mord- und Vergewaltigungsdrohungen sowie Neonazi-Propaganda dem Bundeskriminalamt melden. Damit wird auch dem Effekt entgegengewirkt, dass mit der bisher seitens der Plattformen vorgenommenen Löschung der Verlust von Beweismitteln in möglichen Strafverfahren verloren gingen.

Besser geschützt werden sollen auch Menschen, die sich politisch oder gesellschaftlich engagieren. Der Gesetzentwurf sieht deshalb unter anderem Änderungen im Melderecht vor. Es soll verhindert werden, dass private Adressen von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern oder gesellschaftlich Engagierten gezielt im Netz veröffentlicht werden können. Künftig können gefährdete Personen leichter eine Auskunftssperre eintragen lassen und so davor geschützt werden, dass ihre Adressen weitergegeben werden. Außerdem wird mit dem Gesetzentwurf klarge-

stellt, dass der besondere Schutz von Personen des politischen Lebens vor übler Nachrede und Verleumdung auch für Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen gilt.

Ehrenamt beim THW wird gestärkt

Beim Technischen Hilfswerk (THW) setzen sich 80.000 ehrenamtlich Engagierte für den Zivil- und Katastrophenschutz ein. Mit dem am 13. März verabschiedeten ‚Zweite(n) Gesetz zur Änderung des THW-Gesetzes‘ wurde die Attraktivität dieses Ehrenamtes weiter gestärkt.

Die Verletzlichkeit kritischer Infrastrukturen oder der Klimawandel stellen den Zivil- und Katastrophenschutz vor neuen Herausforderungen. Um angemessen darauf reagieren zu können, erweitert und modernisiert das THW seine technischen und logistischen Strukturen. Zudem werden etwa Freistellungsregelungen zur Förderung der Helferinnen und Helfer verbessert.

50 Jahre Nuklearer Nichtverbreitungsvertrag

Nachdem der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) am 1. Juli 1968 von den USA, der Sowjetunion und Großbritannien unterzeichnet wurde, trat dieser am 5. März 1970 – vor nunmehr 50 Jahren – in Kraft. Er ist das Fundament des internationalen nuklearen Nichtverbreitungs- und Abrüstungsregimes. Der NVV verpflichtet die fünf offiziellen Kernwaffenstaaten (USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien) auf das Ziel vollständiger nuklearer Abrüstung. Im Gegenzug verzichten die Nichtkernwaffenstaaten auf den Erwerb von Kernwaffen. Der Vertrag regelt außerdem die Kooperation bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) überwacht die Einhaltung der Vertragsbestimmungen. Dem Vertrag gehören 190 Staaten an. Indien, Pakistan, Israel und Südsudan haben den Vertrag nicht unterzeichnet. Der Status von Nordkorea ist seit 2003 offen.



Die Voraussetzungen für eine weltweite nukleare Abrüstung haben sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Neue nukleare Risiken durch eine Herabsetzung der Einsatzschwelle und die Entwicklung neuer Militärtechnologien drohen die alte Logik der Abschreckung durch Atomwaffen zu unterlaufen. Spannungen und Krisen rund um das iranische und nordkoreanische Atomprogramm, sowie die Kündigung des Vertrages über die Beseitigung nuklearer Mittelstreckensysteme (INF-

Vertrag) zwischen Russland und den USA bestätigen diese Entwicklung.

Vor diesem Hintergrund hat die SPD-Bundestagsfraktion das Positionspapier ‚Sicherheit durch Dialog, Transparenz und Vertrauen – Sozialdemokratische Initiativen für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung‘ beschlossen. Die Verhinderung der Verbreitung und des Einsatzes atomarer, biologischer und chemischer Waffen gehört weiterhin zu den wichtigsten Zielen sozialdemokratischer Außenpolitik. Ziel ist die vollständige weltweite Abrüstung der bestehenden Massenvernichtungswaffenarsenale.

Das Positionspapier findet sich unter: <https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/positionspapier-abruestung-20200303.pdf>

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich unter anderem für eine starke gemeinsame Position der EU zur NVV-Überprüfungskonferenz ein. Zusätzlich wird eine frühzeitige Verlängerung des 2021 auslaufenden New START-Vertrages zur Begrenzung und Verifikation von strategischen Nuklearwaffen zwischen den USA und der Russischen Föderation angestrebt.

Reden



Erste Lesung Geologiedatengesetz, 4. März 2020

<https://www.nina-scheer.de/rede-1-lesung-geologiedatengesetz>



Erste Lesung Bündnis 90/Die Grünen – Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, 5. März 2020

<https://www.nina-scheer.de/rede-1-les-gruene-entwurf-eines-gesetzes-zur-aenderung-des-erneuerbare-energien-gesetzes>

Medienspots

- **Scheer zu 20 Jahre EEG: Aus Erfolgen lernen**, SONNENSEITE, vgl.: <https://www.sonnenseite.com/de/politik/scheer-zu-20-jahre-eeg-aus-erfolgen-lernen.html>
- **Nina Scheer (SPD): Wind- und Photovoltaik-Ausbau forcieren!**, Solarserver.de, vgl.: <https://www.solarserver.de/2020/03/30/nina-scheer-spd-wind-und-photovoltaik-ausbau-forcieren>
- **Politik zwischen Klimazielen und Klimaschutz**, Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Meinungsartikel, S. 5 bis 8, Ausgabe 1/2020, vgl.: https://www.spw.de/data/236_scheer.pdf

- **„Wasserstoffantriebe haben Vorteile“**, Magazin Naturreundin, S. 14, Ausgabe 1/2020, vgl.: https://www.naturfreunde.de/sites/default/files/naturfreundin_1-20_2.pdf
- **Kultur in Corona-Zeiten: Wie Bund und Länder helfen**, vorwärts, vgl.: <https://www.vorwaerts.de/artikel/kultur-corona-zeiten-bund-laender-helfen>
- **Künstler bangen um Existenz**, Nordwest Zeitung, vgl.: https://www.nwzonline.de/kultur/berlin-oldenburg-gagen-kuenstler-bangen-um-existenz_a_50,7,2748338219.html
- **SPD-Abgeordnete Scheer: Mit «Soli-Tickets» Kulturbetrieb helfen**, nmz, vgl.: <https://www.nmz.de/kiz/nachrichten/spd-abgeordnete-scheer-mit-soli-tickets-kulturbetrieb-helfen>
- **SPD-Abgeordnete Scheer: Hilfe für Kulturbetrieb**, Süddeutsche Zeitung, vgl.: <https://www.sueddeutsche.de/gesundheit/krankheiten-ahrensburg-spd-abgeordnete-scheer-hilfe-fuer-kulturbetrieb-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200316-99-351116>
- **Nina Scheer diskutierte im Gymnasium Wentorf**, LN Online, vgl.: <https://www.ln-online.de/Lokales/Stormarn/Nina-Scheer-diskutierte-im-Gymnasium-Wentorf>
- **SPD-Abgeordnete Scheer: Hilfe für Kulturbetrieb**, RTL.de, vgl.: <https://www.rtl.de/cms/spd-abgeordnete-scheer-hilfe-fuer-kulturbetrieb-4505323.html>

Eigene Veranstaltungen (Auswahl)

Kurz vor Schließung der Reichstagskuppel: „Blaulicht-Fahrt“ nach Berlin

Dreimal jährlich lade ich je 50 Bürgerinnen und Bürger zu Berlinfahrten, organisiert vom Bundespresseamt, ein. Als Zeichen der Anerkennung und des Dankes richtete sich die erste Fahrt in diesem Jahr vom 9. bis 11. März unter dem Motto einer „Blaulicht-Fahrt“ an ehrenamtliche Rettungskräfte. Aufgrund der so zahlreichen positiven Rückmeldungen werden auch die weiteren Fahrten noch unter dieses Motto gestellt.



Die Besuchergruppe durfte als letzte auf die Reichstagskuppel; bevor sie aufgrund der Corona-Schutzvorkehrungen geschlossen wurde. Inzwischen sind die Berlinfahrten Seiten des Bundespresseamtes vollständig ausgesetzt.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer leisten jeden Tag wertvolles gesellschaftliches

Engagement. Für diesen Einsatz möchte ich mich bedanken. Es freut mich, dass die Fahrten nach Berlin so gut angenommen werden und auch die parlamentarische Arbeit so interessiert begleitet wird. Der persönliche Austausch ist mir hierbei ein großes Anliegen und aufgrund der angesprochenen Themen auch immer sehr vielfältig.

Auf dem weiteren Programm der Besuchergruppe standen ebenso ein Gespräch im Bundesfinanzministerium, ein Besuch der Ausstellung im „Tränenpalast“, eine politisch ausgerichtete Stadtrundfahrt, ein Austausch in der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung sowie eine Führung durch die Gedenkstätte „Deutscher Widerstand“.

„Das Programm war sehr interessant und abwechslungsreich. Besonders die Ausstellung im Tränenpalast, über die Gründung der beiden deutschen Staaten und wie die Ausreisekontrollen im Tränenpalast sowie die Überwachung an den Grenzübergängen funktionierte, war sehr bewegend“, so Klaus Pahl, von der Freiwilligen Feuerwehr Büchen, der mit seiner Ehefrau Siegrid Pahl an der Fahrt teilnahm.

Aufgrund der hohen Nachfrage führen wir eine Warteliste für interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer, bei Interesse an einer Berlinfahrt und für Fragen steht mein Team (nina.scheer@bundestag.de, 030/227 71397) gerne zur Verfügung.

Pressemitteilungen im März 2020

- **31. März:** Scheer zu 20 Jahre EEG: Aus Erfolgen lernen, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/scheer-zu-20-jahre-eeg-aus-erfolgen-lernen>
- **27. März:** Nina Scheer: Windenergie und Artenschutz nicht gegeneinander ausspielen – Corona-Pandemie als Warnung für Verknappung auf Weltmärkten begreifen, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/nina-scheer-windenergie-und-artenschutz-nicht-gegenueinander-ausspielen-corona-pandemie-als-warnung-fuer-verknappung-auf-weltmaerkten-begreifen/>
- **25. März:** Scheer: Maßnahmenpaket zur Abmilderung der Folgen der Corona-Pandemie, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/scheer-massnahmenpaket-zur-abmilderung-der-folgen-der-corona-pandemie/>
- **24. März:** Scheer: Überfällige Maßnahmen jetzt mit Rettungspaket umsetzen: Solardeckel abschaffen, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/scheer-ueberfaellige-massnahmen-jetzt-mit-rettungspaket-umsetzen-solardeckel-abschaffen>
- **23. März:** Kurz vor Schließung der Reichstagskuppel: „Blaulicht-Fahrt“ nach Berlin auf Einladung von Nina Scheer, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/kurz-vor-schliessung-der-reichstagskuppel-blaulicht-fahrt-nach-berlin-auf-einladung-von-nina-scheer>
- **20. März:** Theater und Kinobetrieb fordern zur Solidarität auf – Geesthachter Kulturbetrieb trotz Corona mit Soli-Tickets, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/theater-und-kinobetrieb-fordern-zur-solidaritaet-auf-geesthachter-kulturbetrieb-trotzt-corona-mit-soli-tickets>
- **17. März:** Scheer: Energiewende-Blockade abschaffen – Zukunftsmärkte öffnen, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/scheer-energiewende-blockade-abschaffen>

- **16. März:** Scheer: Schutzschirm für Arbeitsplätze, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/scheer-schutzschirm-fuer-arbeitsplaetze>
- **16. März:** Scheer: Kulturelle Einrichtungen sollten „Soli-Tickets“ anbieten, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/scheer-kulturelle-einrichtungen-sollten-soli-tickets-anbieten>
- **11. März:** Scheer: Reaktorkatastrophe von Fukushima führt Gefahren der Atomenergie vor Augen, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/scheer-reaktorkatastrophe-von-fukushima-fuehrt-gefahren-der-atomenergie-vor-augen>
- **11. März:** Nina Scheer: Austausch am Gymnasium Wentorf, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/nina-scheer-austausch-am-gymnasium-wentorf>
- **6. März:** Nina Scheer: Gleichberechtigung meint stets auch Chancengleichheit, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/nina-scheer-gleichberechtigung-meint-stets-auch-chancengleichheit>

Nächste Termine und Veranstaltungshinweise vgl. unter www.nina-scheer.de

Dr. Nina Scheer • Mitglied des Deutschen Bundestages

nina.scheer@bundestag.de • www.nina-scheer.de

Berliner Büro • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030 227 73537 • Fax: 030 227 76539

Wahlkreisbüro Ahrensburg • Manhagener Allee 17 • 22926 Ahrensburg

Tel.: 04102 6916011

Wahlkreisbüro Geesthacht • Markt 17 • 21502 Geesthacht

Tel.: 04152 8054740

V. i. S. d. P.: Dr. Nina Scheer • Markt 17 • 21502 Geesthacht



**MIT „SOLI-TICKETS“
FÜR KULTUR UND
ÖFFENTLICHES LEBEN
CORONA ÜBERWINDEN.**

NINA SCHEER
SPD-BUNDESTAGSABGEORDNETE

SPD

**AKTUELLE INFORMATIONEN UND
WEITERFÜHRENDE LINKS ZUR
CORONA-PANDEMIE AUF
WWW.NINA-SCHEER.DE**



SPD



Deutscher Bundestag

Dr. Nina Scheer, SPD



**„BIS HEUTE SIND FRAUEN
IN UNSEREN PARLAMENTEN
UNTERREPRÄSENTIERT.
DABEI MUSSTEN SIE
ENTSPRECHEND IHREM
BEVÖLKERUNGSANTEIL
VERTRETEN SEIN –
ZUR HÄLFTE!“**

**NINA SCHEER AM 8. MÄRZ –
INTERNATIONALER FRAUENTAG**

SPD



Scheer



Deutscher Bundestag

Dr. Nina Scheer, SPD

(lebende Beratungen ohne Aussprache) ca. 14.10 Uhr, im Anschluss Wahl eines S